

Einleitung

In der Debatte um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union werden von Seiten der Gegner eines Beitritts schwere Geschütze aufgeföhren, die häufig auf einem kulturellen Essentialismus basieren. Die Türkei gehöre einfach nicht zu Europa, argumentiert etwa der Historiker Hans-Ulrich Wehler. Sie sei Teil des islamischen „Kulturkreises“, der sich vom europäischen fundamental unterscheidet. Die „Kluft“ zwischen beiden „Kulturkreisen“ wird von Wehler als unüberbrückbar dargestellt. Als Beleg für diese Ansicht verweist Wehler auch auf die türkischen Einwanderer in Deutschland, die nach Jahrzehnten der Anwesenheit im Land nur ungenügend oder gar nicht integriert seien.¹ Diese kulturalistischen Argumente mögen auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen, aber sie beruhen auf Konzepten, die in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Debatte schon lange diskreditiert sind. So ist beispielsweise die Rede von „Kulturkreisen“, die in politischen Diskursen (und teils auch in der Politikwissenschaft) seit Samuel Huntingtons Beschwörung des „clash of civilization“ fröhliche Urständ feiert, in der Ethnologie beispielsweise, in der sie ursprünglich entstanden ist, schon lange ad acta gelegt worden, da die Vorstellung von festen und unüberwindlichen Grenzen zwischen Kulturen das Verständnis kultureller Prozesse erschwert. Ähnlich setzt sich in der Migrationsforschung die Auffassung durch, dass die mangelnde „Integration“ (was auch immer genau darunter zu verstehen wäre) von Einwanderern weniger auf kulturelle Unterschiede als auf soziale Ausschließungsprozesse zurückzuführen ist.

Die gesellschaftliche und politische Realität ist viel komplexer, als es die Rede von kulturellen Unterschieden und Kulturkreisen vermuten lässt. Nationalstaaten – und erst recht supranationale Zusammenschlüsse wie die EU – sind keineswegs kulturell homogene Gebilde. Das lässt sich besonders deutlich an der Türkei zeigen, wo es trotz massiver Anstrengungen, eine homogene Nation zu schaffen, nicht gelungen ist, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten zu assimilieren. Die Idee einer kulturell homogenen Nation beruht dabei auf dem europäischen Nationsverständnis, das die türkischen Nationalisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts übernahmen – ein weiterer Hinweis darauf, dass die postulierten kulturellen Grenzen keineswegs undurchlässig sind.

¹ Hans-Ulrich Wehler: Verblendetes Harakiri. Der Türkei-Beitritt zerstört die EU, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 33-34, 2004, S. 6-8.

In diesem Beitrag setze ich mich mit den Strategien alevitischer Einwanderer aus der Türkei im Rahmen des Beitrittsprozesses seit Ende der 1990er Jahre auseinander.² Ich stütze mich auf meine Forschungen zur alevitischen Diaspora in Deutschland und ihrer Politik der Anerkennung.³ Aleviten werden in der Türkei häufig als wichtige Stütze des türkischen Laizismus betrachtet und sehen sich auch selbst als solche. Obwohl Aleviten diesen zentralen Aspekt des türkischen Staats- und Nationsverständnisses entschieden bejahen, widersprechen sie seiner anderen entscheidenden Dimension: dem Postulat einer kulturell homogenen Nation und der daraus abgeleiteten Negation von Minderheiten. Der Beitritt der Türkei zur EU hat für Aleviten eine doppelte Bedeutung: Zum einen befürworten Aleviten in Europa ganz überwiegend einen EU-Beitritt, zum anderen nutzen sie den Beitrittsprozess, vor allem die jährlichen „Fortschrittsberichte“ über die Türkei, um die bislang verweigerte Anerkennung der Aleviten in der Türkei zu erreichen. Im Einklang mit europäischen Beitrittsbefürwortern sehen viele Aleviten einen EU-Beitritt der Türkei als wichtige Chance für die Demokratisierung der Türkei. Bevor ich darauf eingehe, ist jedoch eine kurze Einführung zu den Aleviten und ihrer Geschichte erforderlich.

Aleviten in der Türkei und in Europa

Das Alevitentum ist eine synkretistische Religion, die seit dem 13. Jahrhundert in Anatolien entstanden ist. Neben muslimischen Elementen, die vor allem der Schia und dem Sufismus zuzuordnen sind, lassen sich in alevitischen Glaubensvorstellungen auch frühchristliche Einflüsse finden. Einige Autoren führen das Alevitentum auch auf den Schamanismus zurück.⁴ Hinsichtlich der Glaubenspraxis unterscheidet sich das Alevitentum grundlegend vom „orthodoxen“ Islam. Die meisten der „fünf Säulen des Islam“ spielen für die Aleviten keine Rolle. So fasten Aleviten nicht im Ramadan, pilgern nicht nach Mekka und beten nicht fünfmal am Tag. Der wichtigste alevitische Ritus, der *Cem* ge-

² Mit „Beitrittsprozess“ meine ich den gesamten politischen Prozess um die mögliche Aufnahme der Türkei in die EU, also nicht nur die formellen Beitrittsverhandlungen.

³ Siehe Martin Sökefeld: *Struggling for Recognition: The Alevi Movement in Germany and in Transnational Space*, unveröffentlichte Habilitationsschrift, Universität Hamburg, 2005; ders.: *Alevi in Germany and the Struggle for Recognition*, in: *New Perspectives on Turkey* 28/29, 2003, S. 133-161; ders.: *Aleviten in Hamburg und der Kampf um Anerkennung*, in: Angelika Eder (Hg.): *„Wir sind auch da!“ Über das Leben von und mit Migranten in europäischen Großstädten* (Forum Zeitgeschichte, 14), Hamburg 2003, S. 243-265; ders.: *Religion or Culture? Changing Concepts of Identity in the Alevi Diaspora*, in: Waltraud Kokot/Khachig Tölölyan/Carolin Alfonso (Hg.): *Diaspora, Identity and Religion: New Directions in Theory and Research*, London 2004, S. 143-165.

⁴ Zum Alevitentum siehe: Markus Dreßler: *Die Alevitische Religion. Traditionslinien und Neubestimmung*, Würzburg 2002; Krisztina Kehl-Bodrogi: *Die Kızılbaz/Aleviten. Untersuchungen über eine esoterische Glaubensgemeinschaft in Anatolien*, Berlin 1988; Karin Vorhoff: *Zwischen Glaube, Nation und neuer Gemeinschaft: Alevitische Identität in der Türkei*, Berlin 1995.

nannt wird, ist in fast jeder Hinsicht eine Antithese des muslimischen Gebets. Im *Cem* sitzt man nicht nach Mekka ausgerichtet, sondern in einem Kreis, damit idealerweise jeder Teilnehmer den anderen anschauen kann. Beide Geschlechter nehmen gemeinsam am Ritus teil, bei dem Musik, in Form von Hymnen, die von der Laute *Saz* begleitet werden, und *Semah*, ein ritueller Tanz, der von Männern und Frauen gemeinsam getanzt wird, eine wichtige Rolle spielen. Der Ritus beinhaltet ein Versöhnungsritual und endet mit einem gemeinsamen Mahl.

Im osmanischen Reich wurden die damals *Kızılbaz* genannten Aleviten als Apostaten verfolgt; vor allem im 16. Jahrhundert waren sie häufig Opfer von Massakern und Massendeportationen. Daraufhin zogen sich die Aleviten überwiegend in unzugängliche Berggebiete Anatoliens zurück. Zum Schutz vor Verfolgung praktizierten sie *Takiya*, das auch im schiitischen Islam legitimierte Verbergen der eigenen Glaubensüberzeugung. Das rituelle Leben der Aleviten fand lediglich im Verborgenen statt. Durch die Gründung der türkischen Republik bekamen Aleviten volle Bürgerrechte. Infolge der unitaristischen Nationalideologie, die von einer homogenen türkischen Nation ausgeht, wurde ihnen jedoch die Anerkennung als eigenständige religiöse oder kulturelle Gemeinschaft verweigert. Es ist wichtig, an dieser Stelle noch einmal zu betonen, dass diese Nichtanerkennung der Aleviten keineswegs daher rührt, dass die Türkei ein „islamischer“ Staat ist, sondern daher, dass das offizielle nationale Selbstverständnis auf einer Idee der Nation beruht, die aus europäischen Diskursen des 19. Jahrhunderts übernommen wurde und in der die Homogenität der Nation und der Zwang zur Assimilation alles Heterogenen im Zentrum steht. Viele Aleviten sind gleichzeitig Kurden; sie sind von der Negation kultureller Diversität somit gleich doppelt betroffen. Ein Gesetz, das 1925 erlassen wurde und „heterodoxe“ Praktiken in der Türkei unter Strafe stellte, betraf auch die Aleviten. Das türkische Vereinsgesetz verbietet die Gründung von Organisationen auf der Basis von sprachlicher, ethnischer, religiöser oder regionaler Identität und erschwert auch die alevitische Selbstorganisation. Verschiedentlich wurden alevitische Organisationen mit dem Vorwurf, sie würden „Separatismus“ betreiben, administrativ und gerichtlich verboten. Zwar gibt es heute zahlreiche alevitische Vereine in der Türkei, jedoch dürfen diese in der Regel nicht explizit als „alevitisch“ auftreten, sondern benennen sich meist nach wichtigen Heiligen wie Hacı Bektaş Veli oder Pir Sultan Abdal. Alevitische Riten können in der Türkei heute öffentlich praktiziert werden. Somit agieren Aleviten in der Türkei in einer Grauzone, in der zur Zeit zwar viele Aktivitäten möglich sind, in der eine formelle rechtliche Anerkennung auf der Basis der in der Verfassung garantierten Religionsfreiheit aber nach wie vor verweigert wird. In der offiziellen Politik gelten Aleviten einfach als Muslime. Die staatliche Religionsbehörde (*Diyanet İşleri Başkanlığı*), die den Islam in der Türkei kontrolliert, kennt keine besonderen Vorkehrungen für Aleviten. Alevitische Schüler müssen den allge-

meinen, obligatorischen Religionsunterricht der staatlichen Schulen besuchen, obwohl dieser Unterricht lediglich den sunnitischen Glauben behandelt. Aleviten kritisieren dies als eine Assimilierungsmaßnahme und werfen der Religionsbehörde gleichzeitig vor, den Bau von Moscheen in alevitischen Dörfern zu forcieren, den Bau von alevitischen Cem-Häusern jedoch nicht zu finanzieren. Überhaupt wird beklagt, dass die Religionsbehörde zwar aus dem allgemeinen Steueraufkommen, also auch von Aleviten, finanziert wird, dass die Behörde ihrerseits aber allein den sunnitischen Islam finanziell unterstützt.

Politisch kann man Aleviten in der Türkei vor allem zwei Richtungen zuordnen: Auf der einen Seite stehen die Anhänger eines kemalistischen Nationalismus, wie er etwa von der CHP (Cumhuriyet Halk Partisi, Republikanische Volkspartei) vertreten wird, auf der anderen Seite die Unterstützer linker und teils auch linksextremer Parteien. Beiden Richtungen gemeinsam ist die Ablehnung religiös orientierter Politik und die unbedingte Unterstützung des Laizismus, den die Aleviten als Schutz gegen religiöse Diskriminierung betrachten.

Aleviten kamen seit Abschluss des Anwerbeabkommens zwischen der deutschen und der türkischen Regierung 1961 als Arbeitsmigranten nach Deutschland. Nach dem Anwerbestopp von 1973 ließen sie sich, wie andere Migranten aus der Türkei auch, dauerhaft in Deutschland nieder und holten ihre Familien nach. Zwischen dem Ende der 1970er und der Mitte der 1980er Jahre kamen zahlreiche linksgerichtete Aleviten als politische Flüchtlinge nach Deutschland. Sie wurden vor allem im zeitlichen Umfeld des Militärputsches in der Türkei vom September 1980 verfolgt. Darüber hinaus gab es 1979 und 1980 pogromartige Gewalttaten gegen Aleviten in den Städten Sivas, Çorum und Maraş. Mit der Intensivierung der Auseinandersetzungen zwischen der PKK und der türkischen Armee Mitte der 1980er Jahre flohen zahlreiche kurdische Aleviten nach Deutschland. Es gibt keine verlässlichen Daten über die Anzahl der Aleviten in Deutschland und Europa, genauso wenig wie über ihren Anteil an der türkischen Bevölkerung. Schätzungsweise leben zwischen 300.000 und 700.000 Aleviten in Deutschland. Auch wenn die genaue Zahl unbekannt ist, ist doch deutlich, dass Aleviten in Deutschland eine signifikante Einwanderergruppe darstellen. In den anderen europäischen Ländern ist die Zahl der Aleviten, wie auch überhaupt die Zahl der Einwanderer aus der Türkei, viel geringer; auch hier liegen jedoch keine exakten Daten vor.

In Deutschland führten die Aleviten zunächst *Takiya* fort und traten öffentlich nicht als Aleviten in Erscheinung. Dies änderte sich erst langsam in den 1980er Jahren, zum einen als Antwort auf Gewalttaten und den wachsenden Einfluss des politischen Islam in der Türkei, zum anderen in Reaktion auf einerseits einen verstärkten Rassismus und andererseits die wachsende Popularität der Multikulturalismus-Idee in Deutschland. Zu einer öffentlichen Kultur wurde das Alevitentum in Deutschland erst Ende der 1980er Jahre. Hierbei spielten Ereignis-

nisse in Hamburg eine zentrale Rolle: Aleviten aus dem Umfeld multikulturalistischer Einrichtungen gründeten Ende 1988 die „Alevitische Kulturgruppe“, die im Sommer 1989 das „Alevitische Manifest“ veröffentlichte und im Oktober desselben Jahres die „Alevitische Kulturwoche“ veranstaltete. Im Alevitischen Manifest wurde die Anerkennung des Alevitentums in Deutschland und in der Türkei gefordert, in der Alevitischen Kulturwoche wurde diese Forderung weiter unterstrichen und publik gemacht. Die Alevitische Kulturwoche war die erste Veranstaltung überhaupt, die unter dem expliziten Titel des Alevitentums stattfand; sie kann daher als kollektiver Bruch von *Takiya* betrachtet werden. In vielen deutschen Städten und in den europäischen Nachbarländern wurden alevitische Vereine (Alevitische Kulturzentren) gegründet; die alevitische Bewegung entstand. Eine ähnliche Entwicklung, die mit den Ereignissen in Europa eng verbunden war, fand in der Türkei statt. Hier wurde das Alevitentum vor allem zu einem wichtigen Thema in den Medien, die die Rolle der Aleviten für den Laizismus der Türkei betonten.

Sowohl in Deutschland als auch in der Türkei wurden alevitische Rituale revitalisiert, insbesondere der bereits angesprochene Ritus *Cem* spielte hierbei eine zentrale Rolle. Traditionell konnte *Cem* nur in bestimmten sozialen Strukturen stattfinden, in denen erbliche Beziehungen zwischen religiösen Spezialisten, den *Dedes*, und ihren Gefolgsleuten oder „Schülern“ (*Talips*) unabdingbar waren. Diese Strukturen hatten sich in der Türkei im Zuge der Binnenmigration vom Land in die Großstädte seit den 1950er Jahren weitgehend aufgelöst. Die Praxis des *Cem* wurde weiter zurück gedrängt durch die Linksorientierung vor allem junger Aleviten seit dem Ende der 1960er Jahre, die mit einer starken Ablehnung von Religiosität einher ging. Seit den 1970er Jahren wurde der Ritus daher kaum noch durchgeführt. Mit dem Entstehen der alevitischen Bewegung wurde *Cem* von den neu gegründeten alevitischen Vereinen revitalisiert und dabei von einem geheimen Ritus in einer kleinen Gemeinschaft in eine öffentliche Massenveranstaltung transformiert.⁵

In ihren Anfangsjahren war die alevitische Bewegung in Deutschland sehr stark auf die Türkei hin orientiert. Obwohl es auch Bemühungen in Richtung der Anerkennung des Alevitentums in Deutschland gab, standen Fragen, welche die Situation von Aleviten in der Türkei betrafen, eindeutig im Zentrum der Aufmerksamkeit der alevitischen Organisationen.⁶

⁵ Martin Sökefeld: Alevi Dedes in the German Diaspora: The Transformation of a Religious Institution, in: Zeitschrift für Ethnologie 127, 2002, S. 163-188; ders.: Cem in Deutschland. Transformationen eines Rituals im Kontext der Alevitischen Bewegung, in: Robert Langer/Raoul Motika/Michael Ursinus (Hg): Migration und Ritualtransfer. Religiöse Praxis der Aleviten, Jesiden und Nusairier zwischen Vorderem Orient und Westeuropa, Frankfurt 2005, S. 203-226.

⁶ Siehe ders.: Integration und transnationale Orientierung: Alevitische Vereine in Deutschland, in: Karin Weiss/Dietrich Thränhardt (Hg): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg 2005, S. 47-68.

Die europäische Integration der Aleviten

Aleviten wanderten aus der Türkei nicht nur nach Deutschland aus. Kleinere Gemeinschaften von Arbeitsmigranten oder politischen Flüchtlingen entstanden auch in anderen westeuropäischen Ländern, vor allem in Österreich, in der Schweiz, in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und in Dänemark. Aleviten in verschiedenen europäischen Ländern waren durchaus miteinander vernetzt, beispielsweise durch Verwandtschaftsbeziehungen, durch die gemeinsame Herkunft aus einem bestimmten Dorf oder einer Region der Türkei oder auf der Basis der Zugehörigkeit zu bestimmten politischen Organisationen. Durch die alevitische Bewegung entstand jedoch eine neue Form der Vernetzung oder der „europäischen Integration“ der Aleviten.

Schon an der Alevitischen Kulturwoche in Hamburg hatten auch Aleviten aus europäischen Nachbarländern teilgenommen. Neben den explizit als alevitisch auftretenden Vereinen gründeten sich Ende der 1980er Jahre in mehreren Städten Organisationen von Aleviten, die sich nach einem wichtigen alevitischen Heiligen „Hacı Bektaş-Vereine“ nannten. Sie wandten sich nicht mit der Forderung nach Anerkennung an die Öffentlichkeit, sondern sahen ihr Ziel eher darin, die religiösen Bedürfnisse der Aleviten selbst zu bedienen. 1990 gründeten diese Vereine einen Dachverband, die „Föderation Alevitischer Gemeinden“ (*Alevi Cemaatları Federasyonu*), an der sich auch ein österreichischer Hacı Bektaş-Verein beteiligte.

Eine europäische Vereinigung im größeren Stil kam jedoch erst in Reaktion auf ein neuerliches Gewaltereignis gegen Aleviten in der Türkei zustande. Anfang Juli 1993 wurde in der Stadt Sivas ein alevitisches Kulturfestival von radikalisierten Sunniten angegriffen. Diesem „Sivas Massaker“ fielen über dreißig Menschen zum Opfer. „Sivas“ bewirkte einen großen Mobilisierungsschub für die alevitische Bewegung. Das Massaker hatte den Aleviten vor Augen geführt, dass sie nach wie vor eine gefährdete Minderheit in der Türkei darstellten und dass sie vom Staat keinen Schutz zu erwarten hatten. Aleviten in der Türkei und in Europa reagierten auf Sivas mit einer Strategie verstärkter Selbstorganisation. Wenige Tage nach dem Massaker veranstalteten Aleviten in Deutschland eine Protestdemonstration in Köln, an der sich etwa 60.000 Menschen beteiligten, darunter auch viele Aleviten aus dem europäischen Ausland. In Reaktion auf das Massaker entstanden innerhalb eines Jahres etwa hundert alevitische Organisationen in Europa, die sich zu einem Dachverband zusammenschlossen. Unmittelbar nach Sivas traten die Alevitischen Kulturzentren dem Dachverband der Hacı Bektaş-Vereine bei und übernahmen seine Führung. 1994 wurde der Verband in „Föderation der Alevitengemeinden in Europa“ (*Avrupa Alevi Birlikleri Federasyonu*, AABF) mit Sitz in Köln umbenannt. Neben den deutschen Vereinen waren daran auch Organisationen aus der Schweiz, Frankreich, Öster-

reich, den Niederlanden und England beteiligt. Die deutschen Vereine stellten jedoch die Mehrheit der Mitglieder und dominierten den Dachverband eindeutig. 1998 wurde die AABF wieder zur Dachorganisation der Aleviten in Deutschland (der türkische Name lautete nun *Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu*, in der Abkürzung wieder AABF), und gleichzeitig bildeten alevitische Organisationen in den anderen Ländern Europas jeweils eigene nationale Dachverbände.⁷ Die Begründung für diese Umgestaltung war, dass auch im vereinten Europa die jeweiligen nationalen politischen Kontexte eine wichtige Rolle spielen und jeweils eine Vertretung der Aleviten auf nationaler Ebene erfordern. Diese verschiedenen alevitischen Föderationen in Europa schlossen sich 2002 zur „Konföderation der Alevitengemeinden in Europa“ (*Avrupa Alevi Birlikleri Konfederasyonu*, AABK) zusammen. Die AABK hat ebenfalls ihren Sitz in Köln; sie wird weitgehend mit Ressourcen der deutschen AABF betrieben und von ihr als der größten Teilorganisation auch personell dominiert. Die AABK führt zum Beispiel Workshops durch, die der Unterstützung der Selbstorganisation dienen und in denen Ziele und Strategien der alevitischen Vereine ausgearbeitet werden. Daneben werden auch Veranstaltungen europaweit organisiert, wie etwa im Jahr 2003 das jährliche Gedenken an das Sivas-Massaker.

Aleviten und Europa: Werte und Integration

In einem Flugblatt, das von der AABK im Frühjahr 2004 vor der Europawahl in sieben Sprachen veröffentlicht wurde, heißt es:

„Die Alevitische Union Europa begrüßt, dass die in Europa lebenden Aleviten sich als ein Teil der europäischen Gesellschaft verstehen. Alevitische Wertvorstellungen sind mit europäischen Werten weitgehend konform. Unsere vorrangigsten Ziele sind:

- Rechtstaatlichkeit [sic]
- Gerechtigkeit, Meinungs- und Glaubensfreiheit
- das gemeinsame Streben nach Frieden
- der Kampf gegen Rassismus, Fundamentalismus und Terrorismus.“

Dieses Zitat verdeutlicht das Leitmotiv alevitischer Selbstdarstellung in Europa, nämlich die Kompatibilität alevitischer Kultur und alevitischer Werte mit europäischen Werten und europäischer Kultur, beziehungsweise die Idee, dass der alevitischen Kultur und der europäischen Kultur dieselben universellen Werte zugrunde liegen. Die alevitischen Vereine haben seit ihrer Gründung stets be-

⁷ Solche alevitischen Föderationen gibt es nun abgesehen von Deutschland in Dänemark, in den Niederlanden, in Belgien, Frankreich, Österreich und in der Schweiz. Einzelne alevitische Vereine existieren daneben in England, Norwegen und Schweden.

tont, dass zwischen alevitischen und „universellen“ Werten keine Widersprüche bestünden, dass etwa für das Alevitentum die Trennung von Staat und Religion fundamental sei, dass das Alevitentum die Gleichberechtigung der Geschlechter fordere, überhaupt für Gleichheit und Solidarität eintrete und zu Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen aufrufe. Ein zentrales Symbol für diese Wertekompatibilität ist das Kopftuch. So werden Aleviten nicht müde zu betonen, dass alevitische Frauen *kein* Kopftuch tragen. Als Einwanderer aus einem Land, das in Europa gemeinhin als „muslimisch“ wahrgenommen wird, werden Aleviten in öffentlichen Diskursen und in der öffentlichen Wahrnehmung ebenfalls als „Muslime“ eingeordnet. Durch die Betonung der Kompatibilität von Alevitentum und europäischen Werten definieren sie sich aber im Kontrast zu dem sowohl in den europäischen Gesellschaften als auch unter den Aleviten vorherrschenden Bild des Islam. Aleviten stellen sich damit als die „anderen Muslime“ dar, als diejenigen, die Gewalt und Fundamentalismus im Namen des Islam ebenso ablehnen wie die meisten Europäer dies tun. Häufig wird sogar betont, dass Aleviten aufgrund ihrer spezifischen Erfahrung mit Diskriminierung und religiös begründeter Gewalt schon zu einer Zeit auf die Gefahren des Islamismus und eines intoleranten Islam hingewiesen haben, als dies in Europa noch kein Thema war. Die heute in Europa vor allem seit der Ermordung des holländischen Filmemachers Theo van Gogh vorherrschende Ablehnung multikulturalistischer Ideen als „Toleranz gegenüber Intoleranten“⁸ wurde von Aleviten schon vor einigen Jahren geäußert. So heißt es in einer Broschüre, die 1999 zum Gedenken an das Sivas-Massaker veröffentlicht wurde:

„Die deutsche Öffentlichkeit zeigt sich aus migrantenpolitischen Erwägungen heraus überwiegend mit der Integration des Islams in Deutschland einverstanden, was zunächst einmal zu begrüßen ist. Was aber von der Öffentlichkeit übersehen wird, ist eine drohende, potentielle Gefahr für die deutsche und die europäische Gesellschaft, die von bestimmten islamischen Kreisen ausgeht, die es verstanden haben, ihre wahren Absichten bislang zu verschleiern. Sie geben sich tolerant und signalisieren Bereitschaft, die westliche Lebensweise zu akzeptieren. In Wahrheit bringen sie nur wenig Toleranz gegenüber Andersgläubigen entgegen [sic!]. Das rührt aus einem archaischen Denken, daß ihre Religion die bessere Religion sei, in deren Dienst sie einen Gottesstaat nach der Scharia errichten wollen.“⁹

Das Bemühen um die Abgrenzung vom dominanten Islambild hat dazu geführt, dass sich eine wachsende Minderheit von Aleviten in Europa als völlig losgelöst

⁸ Siehe Geert Mak: Der Mord an Theo van Gogh, Frankfurt 2005.

⁹ Föderation der Alevitengemeinden in Deutschland: Die Opfer des Massakers von Sivas, Köln 1999, S. 3.

vom Islam versteht. Nach ihrer Auffassung ist das Alevitentum eine völlig eigenständige Religion, die mit dem Islam nichts zu tun hat.¹⁰

Die Kompatibilität des Alevitentums mit Europa wurde auch bei einer großen kulturellen Performance betont, die im Mai 2000 in Köln und im Oktober 2003 in Istanbul unter dem Titel „Das Epos des Jahrtausends“ auf die Bühne gebracht wurde. In dieser konzertanten Darstellung alevitischer Geschichte nahmen nicht nur wichtige alevitische Heilige, Dichter und Ereignisse einen prominenten Platz ein, sondern auch die Französische Revolution.

Diese „Europa-Orientierung“ findet sich nicht nur auf diskursiver Ebene, sondern auch in den Aktivitäten der alevitischen Vereine. Obwohl sie in den ersten Jahren ihres Bestehens vor allem in ihren Verlautbarungen die Situation der Aleviten in der Türkei in den Mittelpunkt stellten, waren die alevitischen Vereine auch immer in ihrem lokalen Kontext aktiv. Sie haben zum Beispiel an Initiativen des interreligiösen Dialogs teilgenommen oder Fördermaßnahmen für Einwanderer organisiert. Seit einem Wechsel im Vorstand der AABF im Jahr 1999 spielen solche Aktivitäten auch auf der Ebene des Dachverbands eine zentrale Rolle. Die Formulierung, die Aleviten müssten „ihr Gesicht Europa zuwenden“, wurde zu einer feststehenden Redewendung in zahlreichen Reden alevitischer Aktivisten. In der Folge startete die AABF etwa eine Kampagne zur Förderung der Einbürgerung in Deutschland,¹¹ ein Projekt zur beruflichen Integration von jugendlichen Migranten oder ein Forum des interreligiösen Dialogs. Die AABF, aber auch viele lokale Vereine erreichten einen hohen Grad an institutioneller Integration. Darunter verstehe ich die Etablierung kooperativer Beziehungen mit staatlichen, zivilgesellschaftlichen oder religiösen Institutionen in Deutschland und Europa. Damit ist auch die wachsende Anerkennung der Aleviten und des Alevitentums in Deutschland verbunden. Das wichtigste Ergebnis von institutioneller Integration und Anerkennung ist der alevitische Religionsunterricht. Nachdem alevitische Organisationen seit Anfang der 1990er Jahre die Etablierung des alevitischen Religionsunterrichts in Deutschland gefordert hatten, konnte dieser Unterricht in Berlin im Herbst 2002 starten. Nach langen Auseinandersetzungen mit den Kultusbehörden von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg, die mit der Anerkennung der AABF als Religionsgemeinschaft und des Alevitentums als eigenständiger Religion endeten, wird seit Herbst 2006 alevitischer Religionsunterricht zunächst an einigen Schulen Baden-Württembergs erteilt. Die anderen Bundesländer sollen nachfolgen.

¹⁰ Die Frage der Zugehörigkeit des Alevitentums zum Islam ist derzeit unter Aleviten heftig umstritten. Siehe Martin Sökefeld: Sind Aleviten Muslime? Aspekte einer Debatte unter Aleviten in Deutschland. In: Ethnoscripts 7, 2005, Nr. 2, S.128-166.

¹¹ Tatsächlich war bereits beim Start der Kampagne ein großer Teil der Aleviten in Deutschland eingebürgert, siehe Sökefeld, Aleviten in Germany.

Die Gründung der AABK kann als Ausdruck einer vergleichbaren Strategie der institutionellen Integration auf europäischer Ebene betrachtet werden. Seit Ende der 1990er Jahre bemühen sich die alevitischen Organisationen um Kontakte zu EU-Parlamentariern und zu den EU-Institutionen in Brüssel. Dabei wurden sie in besonderem Maße von Ozan Ceyhun unterstützt. Ceyhun, selbst Alevit, ist einigen führenden Aktivisten der AABF durch eine gemeinsame politische Vergangenheit verbunden. Er vertrat zwischen 1999 und 2005 zunächst die Grünen, später die SPD im Europäischen Parlament. Seit 1999 haben zahlreiche alevitische Delegationen Brüssel und Straßburg besucht. Dort wurden Tagungen durchgeführt, um EU-Parlamentarier über das Alevitentum zu informieren. Die AABK wurde im Juni 2002 in Anwesenheit von EU-Parlamentariern wie dem Vorsitzenden der SPE-Fraktion, Martin Schulz, in Brüssel gegründet. In Zukunft soll die Präsenz auf EU-Ebene verstärkt werden; dafür ist die Eröffnung eines Büros der AABK in Brüssel geplant.

Die europäischen Aleviten verfolgen in Bezug auf die EU zwei Ziele: Zum einen wollen sie einen EU-Beitritt der Türkei unterstützen, zum anderen versuchen sie den Beitrittsprozess zu nutzen, um die Situation der Aleviten in der Türkei zu verbessern.

Die europäischen Aleviten und der EU-Beitritt der Türkei

In dem bereits erwähnten Flugblatt der AABK zur Europawahl 2004 heißt es weiter:

„In der Überzeugung, dass diese Ziele [d.h. Rechtsstaatlichkeit, Glaubens- und Meinungsfreiheit, Kampf gegen Fundamentalismus] in der EU verwirklicht werden können, unterstützen wir die Beitrittsbestrebungen der Türkei. Die Türkei gehört in die EU, weil sie historisch nur dort ihren Platz hat. (...) Wir fordern, dass die Türkei die notwendigen demokratischen und sozialen Reformen auf dem Weg in die EU verwirklicht und unterstützen sie dabei.“

Die alevitischen Vereine unterstützen den Beitritt der Türkei zur EU. Sie tun dies jedoch nicht bedingungslos, sondern unter Verweis auf die 1993 vom Europäischen Rat beschlossenen so genannten „Kopenhagener Kriterien“, die für Beitrittskandidaten aufgestellt wurden. Dabei beziehen sie sich besonders auf das „politische Kriterium“ aus dem Kopenhagener Katalog, das eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten fordert. In Übereinstimmung mit der EU-Kommission fordern die alevitischen Vereine also tiefgreifende Reformen in der Türkei als Voraussetzung für deren Beitritt. Wie die Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei in den europäischen Ländern sind die alevitischen Organisationen der Auffassung, dass nur der Beitrittsprozess die Chance auf sol-

che Reformen eröffnet und dass die Ablehnung des Beitritts bereits erreichte Reformen gefährden und weitere Schritte unmöglich machen würde.

Um in Deutschland für den EU-Beitritt der Türkei zu werben, gründete die AABF gemeinsam mit DİTİB (*Diyanet İşleri Türk İslam Birliği*), dem Auslandsverband der türkischen Religionsbehörde DİB (*Diyanet İşleri Başkanlığı*), und der Türkischen Gemeinde in Deutschland kurz vor dem Kopenhagener Europagipfel vom Dezember 2002 die „Plattform europäischer Türken“ (*Avrupalı Türkler Platformu*, ATP). Die Zusammenarbeit in dieser Plattform war für die AABF ein neuer Schritt, weil sie damit erstmals eng mit staatlichen oder staatsnahen türkischen Organisationen kooperierte. Aufgrund der Vergangenheit vieler alevitischer Aktivisten in der Bewegung der türkischen Linken und der Nichtanerkennung der Aleviten in der Türkei haben viele Aleviten eine eindeutig oppositionelle Haltung gegenüber dem türkischen Staat und seinen Institutionen eingenommen und etwa eine Zusammenarbeit mit den türkischen Konsulaten abgelehnt. Viele der alevitischen Aktivisten waren ja aus politischen Gründen nach Deutschland gekommen. ATP arbeitete jedoch eng mit den Konsulaten zusammen und wurde teilweise von diesen finanziert. Die AABF nahm im Rahmen von ATP zunächst nicht etwa eine marginale Stellung ein, sondern koordinierte die Aktivitäten der Plattform. Sie spielte eine führende Rolle in einer großen Kampagne, bei der im Herbst 2002 in Deutschland Unterschriften für die Unterstützung des EU-Beitritts der Türkei gesammelt wurden. Am 8. Dezember 2002 übergab Hasan Ögütcü, der Generalsekretär der AABF, der auch Sekretär von ATP war, gemeinsam mit einem Vertreter der Türkischen Gemeinde Rhein-Main der Bundesregierung in Berlin eine Liste mit ca. 100.000 Unterschriften.¹²

Die Mitarbeit bei ATP bedeutete jedoch nicht, dass die AABF ihre kritische Haltung gegenüber dem türkischen Staat aufgab und etwa die Forderung nach Umsetzung der Kopenhagener Kriterien fallen ließ. So arbeitete die AABF im Rahmen von ATP nicht nur mit der „staatstreuen“ türkischen Presse, sondern auch mit oppositionellen Medien wie etwa der Wochenzeitung *Evrinsel* zusammen und wurde deswegen von den anderen beteiligten Verbänden angegriffen und schließlich aus der Plattform hinausgedrängt.

Nachdem die Mitarbeit bei der überwiegend im deutschen Kontext aktiven ATP gescheitert war, verfolgten die deutschen Aleviten gemeinsam mit den anderen alevitischen Organisationen in Europa und der AABK eine genuin europäische Strategie der Unterstützung eines Beitritts der Türkei. Diese Aktivitäten wurden von Vertretern des türkischen Staates durchaus mit Misstrauen betrachtet. So bezeichnete der Türkische Botschafter in Brüssel im Vorfeld der Gründung der

¹² Siehe *Hürriyet*, 9. Dezember 2002; *Milliyet*, 9. Dezember 2002.

AABK die Organisation gegenüber der Tageszeitung *Hürriyet* als eine „Speerspitze von Extremisten.“¹³

Tatsächlich wurde in diesem Rahmen die Unterstützung des EU-Beitritts der Türkei unmittelbar mit der Forderung nach Anerkennung des Alevitentums in der Türkei verknüpft. Dies wird etwa in dem bereits erwähnten Flugblatt zur Europawahl 2004 deutlich, das an zahlreichen Infoständen in ganz Europa verteilt wurde. Es trug den Titel: „Ja zur demokratischen Türkei auf dem Weg in die EU“ und forderte unter anderem einen gesicherten Rechtsstatus für das Alevitentum in der Türkei.

Indirekte transnationale Politik der Anerkennung: Der EU-Beitritt und die Anerkennung der Aleviten in der Türkei

Zur Erreichung ihres Ziels einer Anerkennung des Alevitentums in der Türkei setzten die Aleviten in Europa jedoch nicht nur auf Kampagnen der öffentlichen Mobilisierung mit Unterschriftensammlungen und Flugblättern, sondern vor allem auf direkte Lobbyarbeit in Brüssel. Dabei ging es darum, die europäischen Institutionen über die unbefriedigende rechtliche Situation der Aleviten in der Türkei zu informieren und die Veränderung dieser Situation zum Teil der Bedingungen zu machen, die erfüllt werden müssen, damit die Türkei der EU beitreten kann. Die alevitischen Organisationen nahmen damit die Kopenhagener Kriterien beim Wort und sorgten dafür, dass die Europäische Kommission bei der Einforderung von Minderheitenrechten nicht nur auf die Kurden schaute, sondern ihr Augenmerk auch auf die Aleviten richtete. Das Engagement der Aleviten in Europa kann als ein Beispiel indirekter transnationaler Politik gesehen werden, die darauf abzielt, vermittelt über Institutionen des Residenzlandes oder überstaatliche Organisationen Einfluss auf die Politik im Herkunftsland auszuüben.¹⁴ Migranten nutzen dabei Möglichkeiten, die im Herkunftsland nicht zur Verfügung stehen.

Das wichtigste Instrument für die Aleviten waren in diesem Zusammenhang die „Fortschrittsberichte“ über die Entwicklungen in der Türkei, welche die EU-Kommission seit 1998 jeweils im Herbst veröffentlicht. Im ersten dieser Berichte wurden die Aleviten lediglich erwähnt, und es wurde festgehalten, dass „alevitische Religionsführer“ im Gegensatz zu „sunnitischen Religionsführern“ nicht staatlich angestellt sind.¹⁵ Im Bericht des Jahres 1999 war von den Alevi-

¹³ *Hürriyet*, 9. Mai 2002.

¹⁴ Siehe dazu Eva Østergaard-Nielsen: *Transnational Politics: Turks and Kurds in Germany*, London 2003, S. 22.

¹⁵ Europäische Kommission: *Regelmässiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel 1998, S. 21.

ten in der Türkei überhaupt nicht die Rede.¹⁶ Nach der Veröffentlichung der ersten Berichte nahmen Vertreter der AABF Kontakt mit der Redaktionsgruppe der *Türkeiberichte* auf und informierten sie über die Situation der Aleviten in der Türkei. Mit Erfolg, denn im Folgebericht von 2000 hieß es bereits ausführlicher:

„Die offizielle Haltung [der türkischen Regierung] gegenüber den Aleviten ist offensichtlich unverändert. Die Aleviten beanstanden insbesondere den obligatorischen Religionsunterricht an den Schulen und die Darstellung in Schulbüchern, die der alevitischen Identität ihrer Ansicht nach nicht Rechnung tragen, sowie die Tatsache, dass nur der Bau von sunnitischen Moscheen und religiösen Stiftungen finanziell unterstützt wird. Auch wenn es sich hierbei um äußerst heikle Themen handelt, sollte dennoch eine offene Debatte darüber möglich sein.“¹⁷

Mit der Intensivierung der Kontakte mit Brüssel wurde die Erwähnung der Aleviten in den Fortschrittsberichten detaillierter und konkreter. Der Bericht von 2002 hielt nicht nur allgemein fest, dass sich die Situation der Aleviten nicht verbessert hatte, sondern ging auch konkret auf das Verbot eines alevitischen Vereins ein:

„Im Februar wurde der Kulturverein der Alevi- und Bektasi-Union mit der Begründung aufgelöst, dass es gemäß Artikel 14 und Artikel 24 der Verfassung sowie Artikel 5 des Vereinigungsgesetzes nicht erlaubt sei, im Namen von Alevi oder Bektasi, die sich auf religiöse muslimische Gemeinden beziehen, einen Verein zu gründen. Der Verein hat dagegen Einspruch eingelegt, und der Fall ist vor dem Obersten Gerichtshof anhängig.“¹⁸

Der Bericht erwähnte auch einen Fall von Zensur, der mit diesem Vereinsverbot in Zusammenhang steht:

„Im Mai erließ der Hohe Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK) ein 180tägiges Sende- und Fernsehverbot gegen die ‚Stimme Anatoliens‘ im Anschluss an ein Programm über die Schließung der Kulturvereinigung der Aleviten und Bektashi. Als Begründung wurde angegeben, es sei gegen den Grundsatz verstoßen worden, dass

¹⁶ Europäische Kommission: *Regelmässiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel 1999.

¹⁷ Europäische Kommission: *Regelmässiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel 2000, S. 19.

¹⁸ Europäische Kommission: *Regelmässiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel 2002, S. 39f. Das türkische Vereinsgesetz verbietet in Artikel 5, Absatz 5 Organisationen, die „eine Region, eine nationale Minderheit, eine soziale Schicht, eine Religion oder aber eine Konfession fördern.“ Absatz 6 schließlich verbietet zu behaupten, dass es auf dem Territorium der türkischen Republik „nationale, religiöse, konfessionelle, kulturelle oder auch auf unterschiedlichen Sprachen basierende Minderheiten“ gebe. Wie oben bereits erwähnt, fallen Aleviten ebenfalls unter diese Verbote.

Sendungen nicht ‚die Gesellschaft zu Gewalt, Terrorismus oder ethnischer Diskriminierung veranlassen oder Hassgefühle bei den Zuhörern entstehen lassen‘ dürfen (Artikel 4 Buchstabe g RTÜK-Gesetz).“¹⁹

Im Bericht des Folgejahres wurde anerkannt, dass der 2002 verbotene Verein nach einer gerichtlichen Auseinandersetzung wieder zugelassen wurde; ein Erfolg für die Aleviten, den sie auch auf das europäische Interesse an diesem Fall zurückführen. Es wurde in dem Bericht jedoch auch bemängelt, dass sich ansonsten nichts getan habe:

„Was die Lage der nicht-sunnitischen Muslime betrifft, so ist eine Veränderung in Bezug auf die Aleviten eingetreten. Die früher verbotene Union alevitischer und bektaschischer Vereinigungen erhielt im April 2003 Rechtsfähigkeit und darf somit ihre Tätigkeiten ausüben. Weiterhin besorgniserregend ist jedoch die Zusammensetzung des Direktorats für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) und der Pflichtreligionsunterricht in Schulen, die die alevitische Identität nicht anerkennen.“²⁰

Dem Fortschrittsbericht von 2004 kam besondere Bedeutung zu, weil auf seiner Grundlage im Oktober desselben Jahres entschieden werden sollte, ob Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begonnen werden können. Die AABK verstärkte daher weit im Vorfeld dieses Berichts noch einmal ihre Bemühungen in Brüssel und gab unmittelbar nach Erscheinen des Berichts von 2003 eine deutsch- und englischsprachige Broschüre heraus, in der sie erneut ausführlich auf die problematische Situation der Aleviten hinwies und die sie an Abgeordnete des Europäischen Parlaments und die Mitarbeiter der Kommission verteilte.²¹ Außerdem stand sie in Kontakt mit der Redaktion der Fortschrittsberichte. Im abschließenden Bericht vom Oktober 2004 wurde denn auch wiederum bemängelt, dass die Aleviten in der Türkei nicht als „muslimische Minderheit“ anerkannt seien.²² Dies wird auch in der anschließend veröffentlichten Empfehlung festgehalten, in der einerseits betont wird, dass die Türkei für die formelle Eröffnung von Beitrittsverhandlungen das politische Kriterium in hinreichendem Maße erfüllt, dass bis zum Beitritt aber weitere Reformen durchgeführt werden müssen.²³

Die Bezeichnung der Aleviten als „muslimische Minderheit“ in den EU-Dokumenten des Jahres 2004 bzw. als „nicht-sunnitische muslimische Minderheit“ in

¹⁹ Ebd. S. 45. In der inkriminierten Sendung war keineswegs zu Hass oder Gewalt aufgerufen, sondern lediglich über das Vereinsverbot berichtet und diskutiert worden.

²⁰ Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 2003.

²¹ AABK: Bericht zum Alevitentum in der Türkei und in den EU-Ländern, Köln 2003.

²² Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 2004, S. 45, S. 56, S. 172.

²³ Europäische Kommission: Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 2004.

den Berichten der vorhergehenden Jahre löste im Herbst 2004 eine Kontroverse sowohl mit Regierungsinstitutionen in der Türkei als auch mit den alevitischen Vereinen aus. Die türkischen Institutionen protestierten gegen diese Kategorisierung, weil sie die Aleviten gerade *nicht* als „Minderheit“ anerkannten. Die Nicht-Anerkennung der Aleviten in der Türkei besteht ja gerade darin, dass sie einfach als „Muslime“ gelten und Besonderheiten keinerlei Berücksichtigung finden. Alevitische Vereine sowohl in Europa als auch in der Türkei protestierten vor allem gegen die Bezeichnung als „nicht-sunnitische muslimische Minderheit“. Sie hatten ebenfalls Vorbehalte gegen die Kategorisierung als „Minderheit“, weil Minderheiten (türkisch *azınlık*) in der Türkei sehr leicht in den Ruch des Separatismus kommen. Auch den Aleviten war schon mehrfach Separatismus vorgeworfen worden – in der Türkei einer der schwersten politischen Vorwürfe, der politische Arbeit schnell unmöglich machen und zum Verbot von Organisationen führen kann. Die AABF und die AABK protestierten darüber hinaus aber auch gegen die Bezeichnung als *nicht-sunnitische muslimische Minderheit*, weil damit das Alevitentum nicht als etwas Eigenes bestimmt, sondern nur im Gegensatz zum Mehrheits-Islam in der Türkei definiert wird. Sie forderten, dass in der Sprachregelung der EU Aleviten in Zukunft einfach als „Aleviten“ bezeichnet werden sollten, ohne weitere Zusätze und Kategorisierungen. Damit würde auch die Kontroverse über die Zugehörigkeit des Alevitentums zum Islam außen vor gelassen. Der außenpolitische Ausschuss des Europäischen Parlaments stimmte in seiner Sitzung vom 16. 11. 04 dieser Sprachregelung zu. Dies kann wiederum als Hinweis auf die institutionelle Integration der Aleviten auf europäischer Ebene betrachtet werden.

Aleviten zwischen der Türkei und Europa

Die alevitischen Einwanderer in Europa und ihre Organisationen begreifen den Beitritt der Türkei zur EU als einen Prozess, der aktiv genutzt werden kann und soll, um Reformen in der Türkei durchzusetzen. Sie nehmen die Kopenhagener Kriterien beim Wort und gleichzeitig die Europäische Union in die Verantwortung, bei der Überprüfung der Kriterien die Situation der Aleviten nicht zu übersehen.

Dieses Engagement der alevitischen Organisationen in Europa wird in der Türkei jedoch sehr misstrauisch verfolgt. Ihr Bemühen um Anerkennung läuft Gefahr, als Separatismus denunziert zu werden, weil nach türkischem Nationalverständnis die Anerkennung partikularer Identitäten die Einheit der türkischen Nation in Frage stellt. So hat etwa im Sommer 2001 ein hoher Vertreter der türkischen Religionsbehörde den alevitischen Organisationen Separatismus vorgeworfen und sie als die „zweitgrößte Gefahr für die Türkei nach der PKK“

bezeichnet.²⁴ Die größte Tageszeitung der Türkei, die nationalistisch-kemalistische *Hürriyet*, hat in ihrer Deutschland-Ausgabe in den Jahren 2000 und 2001 eine beispiellose Kampagne gegen die AABF geführt, die in dem Vorwurf gipfelte, der Dachverband habe sich zum Handlanger der EU und der deutschen Regierung gemacht, entfremde die Aleviten in Deutschland ihrer türkischen Nationszugehörigkeit und arbeite somit an der Aufspaltung der Türkei.²⁵ Eine skeptische Haltung gegenüber den EU-Aktivitäten der europäischen Aleviten herrschte auch bei vielen alevitischen Organisationen und Aktivisten in der Türkei vor, die der Ansicht waren, man schwärze dadurch das eigene Land im Ausland an. Diese Vorbehalte sind jedoch inzwischen weitgehend ausgeräumt, und auch viele Aleviten in der Türkei betrachten die Auseinandersetzung mit einem EU-Beitritt als eine wichtige Strategie, um eine Verbesserung des Rechtsstatus der Aleviten in der Türkei zu erreichen. Für die Aleviten in Europa ist ihr Engagement wegen der überwiegend ablehnenden Haltung nationalistischer Kreise in der Türkei jedoch auch eine schwierige Gratwanderung. So mahnen Vertreter der AABF inzwischen eine gewisse Zurückhaltung an. Sie befürchten, dass bei einem zu massiven Auftreten im europäischen Rahmen die Aleviten im Falle eines Scheiterns des EU-Beitritts in der Türkei zu Sündenböcken gestempelt werden könnten. Generelle, substantielle Veränderungen der rechtlichen Position des Alevitentums in der Türkei haben die Aleviten mit ihrem Europa-Engagement bislang nicht erreicht. Sie können sich jedoch zu Gute halten, sowohl auf europäischer Ebene als auch in der Türkei das Alevitentum auf die Tagesordnung gesetzt und eine neue Debatte ausgelöst zu haben.

Pauschale und essentialisierende Zuschreibungen verdecken die Komplexität politischer Realitäten. Sie dienen nicht der politischen Analyse, sondern sind selbst Teil politischer Strategien zur Durchsetzung bestimmter Ziele. So greift die Darstellung der Türkei als eines Staates, der „vom Islam“ geprägt ist und daher nicht zu Europa passt, für die Analyse zu kurz. Das Beispiel der Aleviten zeigt, dass es keinen unvermittelten und unvermittelbaren Gegensatz zwischen der Türkei und Europa gibt, sondern dass verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Interessen in den Beitrittsprozess eingreifen und ihn für ihre Ziele zu nutzen versuchen. Die Debatte um den EU-Beitritt der Türkei selbst verdeutlicht die Heterogenität der Perspektiven und Positionen sowohl auf europäischer als auch auf türkischer Seite. Die größere Akzeptanz von Heterogenität und von divergierenden Positionen, etwa auch in Bezug auf den Kurdenkonflikt,²⁶ kann

²⁴ *Cumhuriyet*, 20. August 2001; *Milliyet* 21. August 2001.

²⁵ Martin Sökefeld: Über die Schwierigkeit, dem türkischen Nationaldiskurs zu entkommen: Aleviten in Deutschland und „Hürriyet“, in: Ders. (Hg): *Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz. Neue Perspektiven auf Einwanderer aus der Türkei in Deutschland*, Bielefeld 2004, S. 163-180.

²⁶ Siehe dazu Gülistan Gürbey: Die türkische Kurdenpolitik im Kontext des EU-Beitrittsprozesses und der Kopenhagener Kriterien, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 44, 2004, S. 45-57.

als ein positives Anzeichen für die Transformation der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei durch den Beitrittsprozess gewertet werden. Der türkische Politikwissenschaftler Kemal Kirisci urteilt, dass der Beitrittsprozess die Türkei bereits entscheidend verändert und insbesondere auch dazu geführt habe, dass der politische Islam in der Türkei eine Form gefunden hat, die geeignet ist, „mit pluraler Demokratie zu koexistieren.“²⁷ In Bezug auf die rechtliche Situation der Aleviten in der Türkei kann noch keine grundsätzliche Änderung attestiert werden, aber Aleviten in Europa und in der Türkei sind sich heute darin einig, dass der Beitrittsprozess die Chancen für eine solche Änderung vergrößert.

²⁷ Kemal Kirisci: The December 2004 European Council Decision on Turkey: Is it an Historic Turning Point?, in: *Middle East Review of International Affairs* 8, 2004, S. 93.